

# Inhalt

<b>Einführung</b> .....	1
<b>A. Insolvenzsystemwidrigkeit des Steuerrechts? – Das Insolvenzsteuerrecht in seiner abstrakten Systematik</b> .....	4
I. Einführung .....	4
II. Insolvenzrechtliche Grundlagen .....	5
1. Die Definition und Aufgabe des Insolvenzrechts .....	5
2. Die Mechanismen des Insolvenzrechts .....	9
a) Die Anordnung eines Gesamtvollstreckungsverfahrens ..	9
b) Die Gläubigergleichbehandlung .....	10
c) Der freie Wettbewerb zwischen Sanierung und Liquidation .....	11
III. Die Einbindung des Steuergläubigers in das Insolvenzverfahren .....	12
1. Die Universalität des Insolvenzverfahrens .....	12
2. Die Disziplinierung des steuerrechtlichen Insolvenzgläubigers .....	15
3. Die Vorrechtsstellung der steuerrechtlichen Masseverbindlichkeit .....	17
4. Die Einbindung des Steuergläubigers im Übrigen – Die steuerrechtliche Masseverbindlichkeit als ein Sanierungshindernis .....	18
a) Insolvenzrechtliche Prämissen der Sanierung .....	18
b) Die Einwirkung der steuerrechtlichen Masseverbindlichkeit auf die Sanierungsmodalitäten .....	20
IV. Ergebnis .....	22
<b>B. Insolvenzrechtliche Forderungszuordnung – Das abstrakte Normgeflecht</b> .....	23
I. Einführung .....	23
II. Der insolvenzrechtliche Regelungsmechanismus des § 38 InsO ..	23

## Inhalt

1. Allgemeines .....	23
2. Die Begründetheit als unbestimmter Rechtsbegriff .....	25
III. Der insolvenzrechtliche Regelungsmechanismus des § 55 InsO ..	29
1. Die Berichtigung der Masse durch die Masseeverbindlichkeit .....	29
2. Die gewillkürte Masseeverbindlichkeit .....	30
3. Die aufgezwungene Masseeverbindlichkeit .....	31
4. Zwischenergebnis.....	33
IV. Die Forderung gegen das insolvenzfreie Vermögen .....	34
V. Der insolvenzrechtliche Regelungsmechanismus der §§ 95 Abs. 1, 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO.....	36
<b>C. Fallbeispiele – Praktische Relevanz der Abgrenzung von     Insolvenzforderung und Masseeverbindlichkeit .....</b>	<b>40</b>
I. Einführung .....	40
II. Die Einordnung zivilrechtlicher Forderungen .....	42
III. Die Einordnung verwaltungsrechtlicher Forderungen .....	45
IV. Die Einordnung arbeitsrechtlicher Forderungen.....	48
V. Die Einordnung sozialrechtlicher Forderungen .....	50
VI. Zwischenergebnis .....	51
VII. Ausblick: Die Einordnung steuerrechtlicher Forderungen .....	52
<b>D. Die Insolvenzforderung – Voraussetzungen einer anteiligen     Befriedigung des Steuergläubigers .....</b>	<b>56</b>
I. Einführung .....	56
II. Die Rechtsprechung und die Auslegung der insolvenzrechtlichen Begründetheit und des Schuldigwerdens.....	57
1. Die Auslegung der insolvenzrechtlichen Begründetheit ..	57
a) Die Auslegung unter Geltung der Konkursordnung zu § 3 KO.....	57
aa) Die Begründetheit und das Erfordernis der Verwirklichung des steuerrechtlichen Tatbestandes .....	57
bb) Die Begründetheit und das Erfordernis insolvenzrechtlicher Wertungen .....	60
cc) Zwischenergebnis .....	63

## Inhalt

b) Die Auslegung unter Geltung der Insolvenzordnung zu § 38 InsO .....	64
aa) Die Begründetheit und das Erfordernis der Verwirklichung des steuerrechtlichen Tatbestandes .....	64
(1) Die ertragsteuerliche Rechtsprechung des IV. und des X. Senates .....	64
(a) Die insolvenzrechtliche Qualifizierung von stillen Reserven .....	64
(b) Die insolvenzrechtliche Forderungseinordnung bei der Besteuerung von Personengesellschaften .....	68
(2) Die umsatzsteuerliche Rechtsprechung des V. und des XI. Senates .....	70
(3) Die Rechtsprechung des VII. Senats zur insolvenzrechtlichen Qualifizierung einer Haftungsforderung gemäß §§ 191 Abs. 1 Satz 1, 69 AO .....	72
(4) Die Rechtsprechung zum Ertragsteuerrecht im Übrigen .....	73
bb) Zwischenergebnis .....	77
2. Die Auslegung des insolvenzrechtlichen Schuldigwerdens .....	78
a) Die Auslegung unter Geltung der Konkursordnung zu den §§ 54 Abs. 1, 55 Nr. 1 KO .....	78
b) Die Auslegung unter Geltung der Insolvenzordnung, §§ 95 Abs. 1, 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	80
aa) Fortführung der Rechtsprechung: Die Aufrechnungssystematik auf Basis des zugrunde liegenden zivilrechtlichen Grundgeschäfts .....	80
bb) Rechtsprechungsanpassung des VII. Senats – Die Aufrechnungssystematik und das Erfordernis einer rein steuerrechtlichen Betrachtungsweise .....	85
cc) Der Erstattungsanspruch gemäß § 37 Abs. 2 AO und seine Sonderstellung im Zusammenhang mit der insolvenzrechtlichen Einordnung .....	91

## Inhalt

c) Zwischenergebnis . . . . .	94
3. Stellungnahme – Eine kritische Auseinandersetzung zur Rechtsprechungsentwicklung. . . . .	95
a) Eine abschließende Bestandsaufnahme der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes . . . . .	95
b) Eine Folgenbetrachtung der Rechtsprechungsentwicklung: Privilegierung des Steuergläubigers? . . . . .	98
aa) Wirkungsweise des § 38 InsO. . . . .	98
bb) Wirkungsweise des § 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO. . . . .	100
c) Die Auslegungsdivergenz zur Rechtsprechung anderer Bundesgerichte . . . . .	101
aa) Einführung . . . . .	101
bb) Hintergründe und Ursachen der Rechtsprechungsdivergenz . . . . .	102
(1) Die fehlende zentrale Gerichts Zuständigkeit für die Einordnung von Ansprüchen. . . . .	102
(2) Auslegungsbedürftige unbestimmte Rechtsbegriffe statt konkreter gesetzlicher Regelung. . . . .	103
d) Die gefestigte Rechtsprechung des Bundesfinanzhof zur insolvenzrechtlichen Einordnung von stillen Reserven im Widerspruch zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 15.12.2020, II ZR 108/19? . . . . .	110
aa) Einführung . . . . .	110
bb) Bestandsaufnahme der divergierenden Rechtsprechung. . . . .	115
cc) Die divergierende Rechtsprechung als ein systematischer Widerspruch? . . . . .	118
(1) Grundlagen und Maßstabsbildung . . . . .	118
(2) Die Überprüfung eines systematischen Widerspruchs . . . . .	119
(a) Einheit der Terminologie . . . . .	119
(b) Kontext des Gesetzeswortlautes. . . . .	120
(c) Sinnzusammenhang des Gesetzeszwecks. . . . .	123

## Inhalt

(aa) Die Gesellschafterhaftung in der Insolvenz gemäß §§ 128, 160 HGB, 93 InsO.....	123
(bb) Die insolvenzrechtliche Einordnung nach §§ 38, 55 InsO .....	126
(cc) Ein Vergleich des materiellen Sinnzusammenhangs der Gesellschafterhaftung und der insolvenzrechtlichen Befriedigungsrangfolge .....	127
dd) Kritische Stellungnahme zum Begründungsansatz des Bundesgerichtshofs im Übrigen .....	130
ee) Zwischenergebnis .....	134
e) Die Sonderstellung des Erstattungsanspruchs im Gefüge der Aufrechnungssystematik.....	135
aa) Einführung .....	135
bb) Die Prämissen des Erstattungsanspruch des Insolvenzschuldners gemäß § 37 Abs. 2 AO bei Steuervorauszahlungen .....	136
(1) Grundlegendes zum Erstattungsanspruch gem. § 37 Abs. 2 AO .....	136
(2) Weiterführende Überlegungen zum Erstattungsanspruch gemäß § 37 Abs. 2 AO ..	140
(3) Der Erstattungsanspruch gemäß § 37 Abs. 2 AO bei Steuervorauszahlungen im Gefüge der Aufrechnung in der Insolvenz .....	143
cc) Die Rechtsprechungsänderung des Bundesfinanzhofes vom 25.07.2012, VII R 29/11 im Widerspruch zur Einordnung des Erstattungsanspruchs gemäß § 37 Abs. 2 AO? ..	146
(1) Einführung .....	146
(2) Ein fallgruppenbezogener Begründungsansatz zur Vermeidung von Widersprüchen .....	147
(3) Stellungnahme zum fallgruppenbezogenen Begründungsansatz des VII. Senats .....	150
(4) Zwischenergebnis.....	152

## Inhalt

dd) Ein Zwang zur Ungleichbehandlung von steuerrechtlichem Erstattungsanspruch und Berichtigungstatbestand? .....	153
(1) Einführung .....	153
(2) Die Prämissen der Berichtigungstatbestände ..	153
(a) Die Berichtigung der Umsatzsteuer nach § 17 Abs. 2 UStG .....	153
(b) Die Berichtigung der Umsatzsteuer nach § 14c Abs. 2 i.V.m. § 17 Abs. 1 UStG ..	157
(c) Die Berichtigung der Grunderwerbsteuer nach § 16 Abs. 1 GrEStG .....	159
(d) Zwischenergebnis.....	161
(3) Eine abschließende Gegenüberstellung eines Erstattungsanspruchs infolge einer Steuervorauszahlung und einer Steuerberichtigung .....	161
(a) Einführung .....	161
(b) Vergleich der dem Erstattungsanspruch jeweils zugrundeliegende Steuerverbindlichkeiten von Vorauszahlungsschuld und später zu berichtigender Steuerschuld.....	163
(c) Vergleich der den Erstattungsanspruch auslösende Elemente der Jahressteuerentstehung und der Verwirklichung des Berichtigungstatbestandes .....	164
III. Die Literatur und die Auslegung der insolvenzrechtlichen Begründetheit .....	167
1. Einführung .....	167
2. Die Konvergenz in der Literatur .....	167
3. Die Divergenz in der Literatur .....	168
a) Die Maßgeblichkeit des zivilrechtlichen Sachverhalts und des Schuldrechtsorganismus.....	168

## Inhalt

b) Die Maßgeblichkeit eines nach anwartschaftsrechtlichen Gesichtspunkten gesicherte Tatbestandsverwirklichung. . . . .	171
c) Das Erfordernis der vollständigen Verwirklichung des steuerrechtlichen Tatbestandes . . . . .	175
IV. Zwischenergebnis . . . . .	176
V. Die Auswirkung der unterschiedlichen Konkretisierungen der Begründetheit anhand des Fallbeispiels der stillen Reserven . . . . .	178
1. Einführung . . . . .	178
2. Maßgeblichkeit der vollständigen Verwirklichung des steuerrechtlichen Tatbestandes. . . . .	180
3. Die Maßgeblichkeit des zivilrechtlichen Sachverhalts und des Schuldrechtsorganismus . . . . .	182
4. Die Maßgeblichkeit eines nach anwartschaftsrechtlichen Gesichtspunkten gesicherte Tatbestandsverwirklichung . . . . .	183
5. Zwischenergebnis. . . . .	185
<b>E. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Begründetheit einer steuerrechtlichen Forderung . . . . .</b>	<b>187</b>
I. Einführung . . . . .	187
II. Zur Kritik an der alleinigen Maßgeblichkeit des steuerrechtlichen Tatbestandes . . . . .	187
1. Die alleinige Maßgeblichkeit des Steuerrechts als Verstoß gegen den Gläubigergleichbehandlungsgrundsatz . . . . .	187
a) Einführung. . . . .	187
b) Der Verstoß gegen den Gläubigergleichbehandlungsgrundsatz . . . . .	188
c) Die verfassungsrechtliche Relevanz des Verstoßes gegen den Gläubigergleichbehandlungsgrundsatz . . . . .	192
aa) Einführung . . . . .	192
bb) Das verfassungsrechtliche Gefüge der Privilegierung des Steuergläubigers . . . . .	192
(1) Der grundrechtsverpflichtete Steuergläubiger . . . . .	192
(2) Die grundrechtsberechtigten Insolvenzgläubiger . . . . .	195

## Inhalt

(3) Die Systemkonsequenz der Insolvenzordnung .....	197
(4) Zwischenergebnis .....	199
cc) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Grundrechtsbeeinträchtigung .....	200
(1) Prüfungsmaßstab für ein verfassungsrechtliches Verbot der bevorrechtigten Behandlung des Steuergläubigers in der Insolvenz. ....	200
(2) Sachgerechte Erwägungen für eine Vorrangstellung des Steuergläubigers .....	203
(3) Art. 14 Abs. 1 GG und die Eigentumsbeeinträchtigung der ungesicherten Gläubiger .....	207
(a) Das verfassungsrechtliche Schutzgut....	207
(b) Der Grad der Beeinträchtigung von Art. 14 Abs. 1 GG .....	208
(c) Die Abwägung der verfassungsrechtlichen Belange .....	211
(aa) Eine reduzierte Kontrolldichte der Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers .....	211
(bb) Angemessener Ausgleich widerstreitender Verfassungsgüter ..	214
(4) Art. 3 Abs. 1 GG und die Systemkonsequenz der Insolvenzordnung .....	216
dd) Zwischenergebnis .....	217
2. Die steuerrechtliche Konkretisierung der Begründetheit und das Hervorrufen willkürlicher Ergebnisse .....	218
a) Einführung .....	218
b) Fallbeispiel 1: Die Besteuerung des Verkaufs von Anlagevermögen als Betriebsaufgabe .....	219
c) Fallbeispiel 2: Die Besteuerung nachträglich realisierter bestrittener Forderungen als Teil eines Betriebsaufgabegewinns .....	220
d) Stellungnahme .....	223

## Inhalt

III. Zur Kritik an der alleinigen Maßgeblichkeit insolvenzrechtlicher Grundsätze .....	226
<b>F. Die Masseverbindlichkeit – Voraussetzungen einer Vorwegbefriedigung des Steuergläubigers .....</b>	<b>229</b>
I. Einführung .....	229
II. Die Einkommensteuer als Masseverbindlichkeit .....	230
III. Die einfachgesetzliche Ausgestaltung der steuerrechtlichen Masseverbindlichkeit .....	233
1. Die Steuerforderung gemäß § 58 Abs. 2 KO unter Geltung der Konkursordnung .....	233
2. Die Steuerforderung als Masseverbindlichkeit unter Geltung der Insolvenzordnung gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	235
IV. Die steuerrechtliche Masseverbindlichkeit nach § 55 Abs. 1 Nr. 1, 2. Var. InsO und das Erfordernis nach einer Beteiligung des Insolvenzverwalters .....	239
1. Einführung .....	239
2. Veräußerung eines Grundstücks durch absonderungsberechtigte Dritte .....	240
a) Rechtliche Grundlagen der Fallgestaltung .....	240
b) Die Entwicklung der Rechtsprechung .....	241
3. Die Einkommensteuer im Zusammenhang mit Erträgen aus der Beteiligung an einer Personengesellschaft .....	246
4. Die Masseverbindlichkeit auf den Neuerwerb des Insolvenzschuldners .....	250
a) Rechtliche Grundlagen der Fallgestaltung .....	250
b) Die Anforderungen an eine Verwaltungsmaßnahme beim Neuerwerb .....	252
5. Die Annahme einer Masseverbindlichkeit im Übrigen .....	256
6. Zwischenergebnis .....	259
7. Stellungnahme .....	260
a) Die Begründung einer Masseverbindlichkeit in sonstiger Weise gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 1, 2. Var. InsO im Zusammenspiel mit § 80 Abs. 1 InsO .....	260

## Inhalt

b)	Das Unterlassen einer Freigabe als ein taugliches Differenzierungsmerkmal .....	263
c)	Das Unterlassen einer Erklärung gemäß § 35 Abs. 2 und 3 InsO als ein taugliches Differenzierungsmerkmal .....	266
V.	Der Zufluss zur Masse als Voraussaussetzung für die Annahme einer Masseverbindlichkeit?.....	268
1.	Einführung .....	268
2.	Die teleologische Reduktion des § 55 Abs. 1 Nr. 1, 2. Var. InsO als dogmatisch unbefriedigende, aber im Ergebnis befriedigende Problemlösung .....	269
3.	Die Aufgabe der teleologischen Reduktion als dogmatisch befriedigende, aber im Ergebnis unbefriedigende Problemlösung .....	271
4.	Zwischenergebnis.....	273
5.	Vorschlag einer dogmatisch und im Ergebnis befriedigenden Problemlösung.....	273
a)	Die Begründung einer wirtschaftlichen Steuerlast der absonderungsberechtigten Gläubiger .....	273
aa)	Prämissen zur Begründung einer wirtschaftlichen Steuerlast der absonderungsberechtigten Gläubiger.....	273
bb)	Die analoge Anwendung der §§ 170, 171 Abs. 2 S. 3 InsO .....	274
(1)	Regelungslücke.....	274
(2)	Vergleichbare Interessenlage .....	275
(3)	Planwidrigkeit der Regelungslücke .....	277
cc)	Die Begründung einer Steuerentrichtungspflicht gemäß § 34 Abs. 3 i.V.m. Abs. 1 AO .....	278
(1)	Grundsätze zur Einkommensteuerentrichtungspflicht des Zwangsverwalters aus dem Verwaltungsvermögen .....	278
(2)	Übertragbarkeit der Grundsätze auf die Vorabbefriedigung der absonderungsberechtigten Gläubiger? .....	280

## Inhalt

dd) Zwischenergebnis .....	281
b) Die Anpassung der Auslegung zur insolvenzrechtlichen Begründetheit als Problemlösung .....	281
VI. Die Begriffsbestimmung der Insolvenzmasse gemäß § 35 Abs. 1 InsO als Tatbestandsmerkmal einer Masseverbindlichkeit gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	283
1. Einführung .....	283
2. Die Bestimmung des insolvenzrechtlichen Vermögensbegriffs nach steuerrechtlichen Grundsätzen	285
<b>G. Die Abgrenzung von Insolvenzforderung und Masseverbindlichkeit anhand eines Anwartschaftsgedankens – Ein Begründungversuch für eine insolvenzrechtliche Zuordnung der Steuerforderung.....</b>	<b>288</b>
I. Einführung .....	288
II. Wortlaut.....	290
III. Historie .....	292
IV. Genese.....	294
V. Systematik.....	298
1. Prämissen der systematischen Betrachtung .....	298
2. Die systematische Einordnung der Forderung des Schuldners .....	299
a) Die Forderungsbestimmung nach §§ 95 Abs. 1, 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO.....	299
aa) Der insolvenzrechtliche Regelungsmechanismus der §§ 95 Abs. 1, 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	299
bb) Die aufschiebend bedingte Forderung als Konkretisierungsmerkmal der insolvenzrechtlichen Begründetheit .....	300
cc) Das Begriffsverständnis einer aufschiebend bedingten Forderung .....	301
3. Die systematische Einordnung der Forderung des Gläubigers .....	303
a) Die Sonderregelungen für eine vorzeitig insolvenzbedingte Rechtsstreits- und Vertragsbeendigung als Konkretisierungsmerkmal der insolvenzrechtlichen Begründetheit .....	303

## Inhalt

b) Die Fiktion des § 41 Abs. 1 InsO als Konkretisierungsmerkmal der insolvenzrechtlichen Begründetheit. ....	305
c) Der § 191 Abs. 2 InsO als Konkretisierungsmerkmal der insolvenzrechtlichen Begründetheit ....	306
aa) Die Berücksichtigung aufschiebend bedingter Forderungen bei der Schlussverteilung. ....	306
bb) Der Vermögenswert. ....	308
(1) Prämissen der Forderungsbewertung ....	308
(2) Die Bewertung der insolvenzrechtlichen Forderung ....	310
4. Zwischenergebnis. ....	311
VI. Telos ....	312
1. Einführung ....	312
2. Die Typologie des § 38 InsO ....	315
a) Das typologische Verständnis des § 38 InsO. ....	315
b) Die Kriterien zur Ermittlung des Typus des Insolvenzgläubigers gemäß § 38 InsO. ....	318
c) Der Insolvenzgläubiger gemäß § 38 InsO und der Typus eines Kreditgebers. ....	323
aa) Einführung ....	323
bb) Begriff und Wesen eines Kreditgeschäfts ....	324
cc) Der Insolvenzgläubiger gemäß § 38 InsO als ein Kreditgeber ....	326
(1) Einführung ....	326
(2) Der Lieferant als der typische Insolvenzgläubiger – Die Bestimmung des Typ „Null“ ....	326
(3) Die kreditgeschäftstypischen Voraussetzungen des Risikos und des Vertrauens am Beispiel des Lieferanten ....	327
dd) Zwischenergebnis ....	330
ee) Der steuerrechtliche Insolvenzgläubiger als ein Kreditgeber ....	330

## Inhalt

(1) Einführung .....	330
(2) Ein Kreditgeschäft in Ansehung einer gegenleistungslosen Forderung des Steuergläubigers .....	331
(3) Die kreditgeschäftstypischen Voraussetzungen des Risikos und des Vertrauens am Beispiel des Steuergläubigers .....	334
d) Zwischenergebnis .....	338
3. Der Typus der Masseverbindlichkeit gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 1, 2. Var. InsO .....	339
a) Einführung .....	339
b) Die Ermittlung des Typus .....	339
c) Der Massegläubiger gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 1, 2. Var. InsO und der Typus der Vermögensverwaltungskosten insolvenzbedingter Betriebsfortführung .....	346
4. Abschließende typologische Abgrenzung von Insolvenzforderung und Masseverbindlichkeit .....	349
VII. Zusammenfassung sowie Bildung einer abschließenden Konkretisierung der insolvenzrechtlichen Begründetheit einer Steuerforderung und der einer steuerrechtlichen Masseverbindlichkeit .....	351
<b>H. Die insolvenzrechtliche Begründetheit der Einkommensteuer – Zeitpunktbeachtung eines zeitraumorientierten Tatbestandes .....</b>	<b>354</b>
I. Einführung .....	354
II. Prämissen der Einkommensbesteuerung .....	355
III. Die drei Entwicklungsstufen des Einkommensteuertatbestandes in Ansehung der insolvenzrechtlichen Begründetheit .....	357
1. Die Problemstellung einer Zeitpunktbeachtung eines zeitraumorientierten Tatbestandes .....	357
2. Die Entstehung der Steuer, §§ 36 Abs. 1, 2 Abs. 7 EStG ..	358
3. Die Einkünfteermittlung, § 2 Abs. 2 EStG .....	361
4. Die Einkünfteerzielung, § 2 Abs. 1 EStG .....	362
a) Die Erzielung von Einkünften .....	362
b) Die der Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte ..	365

## Inhalt

IV. Eine abschließende Konkretisierung der insolvenzrechtlichen Begründetheit einer Einkommensteuerforderung . . . . .	367
<b>I. Anwendungsverprobung – Das typologische Verständnis der §§ 38, 55 InsO am praktischen Steuerfall . . . . .</b>	<b>369</b>
I. Einführung . . . . .	369
II. Die insolvenzrechtliche Qualifikation einer zeitweisen Steuerverschonung des bilanzierenden Insolvenzschuldners . . . . .	370
1. Bilanzrechtliche Grundlagen . . . . .	370
2. Die insolvenzrechtliche Einordnung von stillen Reserven auf Grundlage einer typologischen Betrachtung . . . . .	372
3. Die insolvenzrechtliche Einordnung der Einkommensteuer aus der Auflösung von Rückstellungen . . . . .	374
III. Die insolvenzrechtliche Qualifikation einer Einkommensteuerforderung infolge verwirklichter Insolvenzanfechtungsansprüche . . . . .	380
1. Grundlagen der Insolvenzanfechtung gem. §§ 143 Abs. 1, 129 ff. InsO . . . . .	380
2. Grundlagen zur Besteuerung des Anfechtungsanspruchs gem §§ 143, 129 ff. InsO . . . . .	383
3. Die Rechtsprechung und die Literatur zur insolvenzrechtlichen Einordnung der Einkommensteuerforderung . . . . .	384
4. Stellungnahme zu Rechtsprechung und Literatur . . . . .	386
5. Eigener Begründungsansatz zur Einordnung der Einkommensteuerforderung . . . . .	391
a) Das Nichtvorliegen einer Insolvenzforderung gemäß § 38 InsO . . . . .	391
b) Das Vorliegen einer Masseverbindlichkeit gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 1, 2. Var. InsO . . . . .	397
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>402</b>